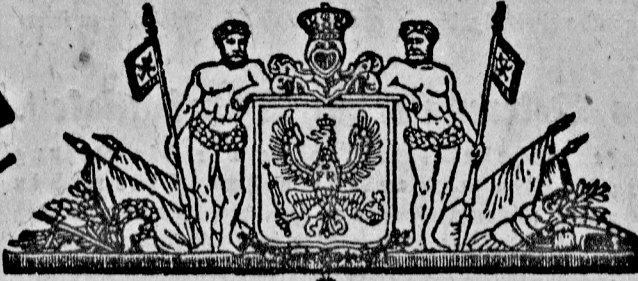


Vossische



Zeitung

15 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600 - 3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695, Telegramm Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postsache Ko to Berlin 650.

Ehrhardt und Bayern.

Von

Dr. Richard Hulbschiner,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

München, 3. Dezember.

Die Verhaftung Ehrhardts in München ist zweifellos eine sehr ernste Angelegenheit, deren Bedeutung weit über die der Dingfestmachung eines beliebigen Putschisten hinausgeht. Mit seiner Person hat sich der Staat des Führers bemächtigt, dem die Unzufriedenen aus Deutschland und Oesterreich in hellen Haufen zuliefen, um unter und mit ihm gegen die bestehende Verfassung zu kämpfen und den Zustand wiederherzustellen, der durch die Revolution vom November 1918 zerstört worden war. Die Begriffsverwirrung weitester Kreise sieht ja immer noch nicht im verlorenen Krieg, sondern in der Befestigung der Monarchie die Wurzel aller Uebel, die uns hefallen haben. Und München ist der Boden, auf dem aus vielen Gründen der Kampf gegen die Republik am besten gedeihen mußte. Autoritätslaube, Konservatismus, Gefühl des Verbundenheits mit dem Königslande, völkische Geschlossenheit, die alte Abneigung gegen den beweglicheren Norden, das Gefühl, im Kriege der beste Vorkämpfer für Deutschland gewesen zu sein, schließlich die Erinnerung an die Rätezeit, deren Abwehr die Gemüter in das entgegengesetzte Extrem jagen mußte, all das führte dazu, daß die weit verzweigten Fäden der Auflehnung gegen die Republik, als deren Hauptstütze der „berlinische Geist“ erschien, in München zusammenliefen.

Kahr und Pöhner waren einigermaßen verständlich, so lange es galt, der Staatsautorität nach der Beseitigung der Proletariertdiktatur wieder Geltung zu verschaffen. Als aber das geschehen war, mußte das von ihnen hartnäckig beibehaltene Regime einer zähen, passiven Resistenz überlebt erscheinen. Es kam Lerschensfeld, der den Willen hatte, mit Antiquiertem aufzuräumen. Seine Kraft war aber den dunklen Mächtschaften nicht gewachsen, die, von unterirdischen Mächthabern im Lande angezettelt, die Fundamente seiner Stellung untergruben. Auch die Angelegenheit wird hoffentlich geklärt werden, wenn die Vernehmungen Ehrhardts zum Ziele führen. Die Erzberger-Gareis-Rathenau-Morde, die Organisation C. und ihre Ableger, die monarchistischen Umtriebe in Oesterreich, Bayern und Preußen, die Separationsgelüste weiterer Kreise in München und sonst im Lande, die von den anstufsbereiten Jmsbrüdern und Salzburgern unterstützt wurden, sind ja nur andeutungsweise aufgestellt. Nun gilt es, zuzupacken und nicht mehr locker zu lassen. Da man nun einmal den Führer aufgehoben hat, der, immer allgegenwärtig, in Wien, Salzburg, Jmsbruck, München zugleich war, überall gespürt und irgendwo gefaßt wurde, bis ihn nur sein Geschick infolge Unachtsamkeit oder Erschöpfung des schließlich bis zur Kraftlosigkeit Gehehten doch erreicht hat.

Seine Verhaftung geschah unter Umständen, die in Dunkel gelassen wurden, ebenfalls aus guten kriminalistischen Gründen. Aber das gegenüber dem Reich fast immer mißtrauische München witterte wieder einmal einen unerlaubten Eingriff in die Justizhoheit Bayerns, und der ersten Verblüffung folgte gesteigerte Tätigkeit aller derer, die mit hartnäckiger Verteidigung der Landeshoheit den Kampf gegen die Republik, gegen den Friedensvertrag, gegen die Erfüllungspolitik, gegen das sozialistische und „verjudete“ Berlin verbanden. Man fühlt hier, daß die Peripetie nahe ist, und sucht in der Verteidigung Ehrhardts sich selbst zu verteidigen. Heute sprechen Deputationen der „vaterländischen Verbände“, aller offenen und versteckten Gegner der Republik beim Ministerpräsidenten v. Knilling vor, um ihn hart und wachsam gegenüber dem Geist des Reiches zu machen, das sie in dieser Form mehr oder minder ablehnen. Das ist der Augenblick, in dem er ihnen erweisen soll, ob er ihr Mann oder der Verfechter der von ihnen bekämpften Reichspolitik sein will; und es ist danach die Frage, ob die Regierung weiterhin auf die Gefolgschaft zählen kann, die ihr zunächst eine Majorität gesichert hatte. Aber die „vaterländischen“ kämpfen auch um Ehrhardt. Er ist ihnen die Verkörperung des mannhaft Aufrechten. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ vergleicht ihn mit den revolutionären Mächthabern des heutigen Griechenlands und sagt: „Zuletzt sind es doch Männer dieser Art, die die Geschichte vorwärts bringen, nicht aber solche, die die Verantwortung auf Parlamente übertragen.“ Wer merkt da nicht den Pferdeschweif!

Hitler wird sich freuen, daß seine Schlagworte, die die des Fasizismus auch anderswo sind, auf so guten Boden fielen. Sein Weizen blüht. Es muß bedauert werden, daß Ehrhardt, der trotz allem eine starke und männliche Geistigkeit repräsentiert, Gefahr läuft, dem „Nationalsozialismus“ den Weg zu ebnen, der nur mit Knütteln und Schlagringen arbeiten wollte.

Es gibt nicht wenige in München, die der Entwicklung der Dinge mit ernstester Besorgnis entgegensehen. Zu den inneren Schwierigkeiten, die durch die Ehrhardt-Verhaftung und ihre Wirkung auf die bayerische Seele geschaffen sind, gesellt sich gerade jetzt die neue Note der Allierten, die den Städten Passau und Ingolstadt and, weil sie ja doch nicht zahlen können, dem Lande und dem Reich den Strick dreht, und in der man einen neuen Versuch Poincarés sieht, das, was er aus dem Friedensvertrag nicht begründen kann, unter einem Schein von Recht zu erlangen.

Der Ingolstädter Bürgermeister, der noch in diesen Tagen erklärt hatte, die Angelegenheit gehe die Stadt nichts an, wird heute vielleicht doch zu einer anderen Auffassung gekommen sein. Aber das von ihm zum Ausdruck gebrachte Gefühl, daß „auch dem Frömmsten einmal der Geduldsfaden reißen“ könne, kennzeichnet die Stimmung, nicht nur in Bayern.

München, 4. Dezember. (W. L. B.)

Zur Verhaftung des Kapitänleutnants Ehrhardt wird mitgeteilt: Reichsgerichtsrat Dr. Mez meldete sich nach seiner Ankunft in München bei der Polizeidirektion und erbat für seine Angelegenheit die Unterstützung der Münchener Polizei, die er in vollem Umfang erhielt. Die Verhaftung Ehrhardts erfolgte im Vernehmungszimmer unter Mitwirkung der Münchener Polizeibeamten.

Ein Kabinett Tardieu-Loucheur?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 4. Dezember.

Die Erörterungen über die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Ministerkrise in Frankreich dauern fort. Tardieus „Echo national“ veröffentlicht heute unter dem Titel „Auf dem Wege zu einem Kabinett Tardieu“ einen Auszug aus der in Alle erscheinenden Zeitung „La Dépêche“, die Poincarés Mittritt als sicher bezeichnet und Tardieu für den aussichtsreichsten Nachfolger erklärt. Hauptmitglied des Kabinetts Tardieu würde nach ihm u. a. Loucheur sein.

Senator de Jouvenel, der allgemein als Mitglied des künftigen Kabinetts genannt wird, hielt gestern in einer Sitzung der französischen Völkerverbundsliga eine Rede, in der er wörtlich erklärte: „Wenn die Konferenz von Brüssel scheitern sollte, würde es neben dem Ausgang ins Ruhrgebiet im Interesse des Friedens noch den Ausgang zum Völkerverbund geben.“

Paris, 3. Dezember.

Die „Agentur Havas“ beschäftigt sich mit der Frage, ob das britische Kabinett beabsichtigt, den Vorschlag zu machen, Deutschland ein kurzes provisorisches Moratorium von höchstens zwei Monaten zu gewähren. Es scheint sich hier um eine falsche Auslegung der Pläne Bonar Law's, vielleicht auch der bisherigen Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris zu handeln. Damals habe Bonar Law die Ansicht ausgesprochen, es scheine ihm schwierig, die Reparationsfrage vor dem 31. Dezember zu regeln, weshalb man vielleicht ein Moratorium von ein- oder zweimonatiger Dauer ins Auge fassen müsse. Bonar Law habe also keinen festen Vorschlag gemacht, sondern nur Poincaré gefragt, und der französische Ministerpräsident habe sich gegen den Gedanken eines Moratoriums gewandt und, da Bonar Law nicht nach Paris gehen könne, sich entschlossen, nach London zu reisen, um jede Verzögerung zu vermeiden, die die Regelung der Frage vor dem 1. Januar behindern könnte. Hierdurch sei der Vorschlag der britischen Regierung hinfällig geworden.

Das Urteil gegen Prinz Andreas.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 3. Dezember.

Havas meldet aus Athen: In dem Prozeß gegen den Prinzen Andreas von Griechenland ist das Urteil um 11 Uhr nachts gesprochen worden. Der Prinz wurde einstimmig des Ungehorsams und des Verlassens seines Postens vor dem Feinde für schuldig erklärt. Es wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt in Anbetracht seiner Unerfahrenheit in Kommandos größerer Heeresseinheiten. Er wurde zum Verlust seines Grades und zu ewiger Verbannung verurteilt.

Der Prozeß begann, wie die „Times“ meldet, im Parlamentsgebäude mit einer Anklagerede des revolutionären Staatsanwalts, Obersten Kalogetas. Dieser klagte den Prinzen an, er habe am 3. August 1921 sich geweigert, seine Truppen gegen den Feind vorzurücken zu lassen, trotz der Befehle, die vom Oberkommando gegeben worden waren. Der Prinz war zu diesem Zeitpunkt Kommandant des zweiten griechischen Armeekorps in der Schlacht am Satharia, und es war damals das erste Mal von den kemalistischen Truppen zurückgetrieben worden.

Der frühere zweite Chef des griechischen Generalstabs in Jonien, Oberst Darianis, führte aus, daß der Prinz sich offensichtlich von seinem Generalstab habe beeinflussen lassen. Wenn der Befehl des Generals Papulas dem Buchstaben nach ausgeführt worden wäre, wäre die Schlacht von Satharia durch die griechischen Streitkräfte gewonnen worden. Im Laufe des Prozesses fragte man den anwesenden General Papulas, ob, wenn der Prinz Andreas nicht der Bruder des Königs gewesen wäre, man ihn erschossen hätte. Der frühere Generalstabschef antwortete, daß auf Grund der besonderen Umstände kein Kommandeur, gleichgültig, wie er heiße, habe erschossen werden können.

Cunos Rede.

Der Ruf nach Vertrauen.

Der Bereit Berliner Presse hat gestern wieder einmal den festlich gestimmten Rahmen für eine programmatische Erklärung des verantwortlichen Leiters der deutschen Politik abgegeben. Der Reichsanzler Dr. Cuno sprach im Reichstagshaus vor einer Versammlung, an der die politisch interessierten Kreise der Reichshauptstadt — voran der Reichspräsident Ebert, die meisten Reichsminister und Vertreter der preussischen Regierung, der Oberbürgermeister von Berlin und die Führer aller Parteien von Herzt bis Breitscheid — in engem Gedränge teilnahmen. Die Rede, frei von allen rhetorischen Effekten, frei vorgetragen und freimütig empfunden, war in ihrer Beschränkung auf das Leitthema — die Bitte um Vertrauen — politisch würdig und sachlich wirksam. Ihre Bedeutung nach außen lag in der Erklärung, daß die deutsche Regierung zu jeder Aussprache über das Reparationsproblem bereit ist, zu offenen Verhandlungen „von Mann zu Mann“. Der Chef der deutschen Regierung kleidete diese Erklärung in Worte, die nicht dem üblichen Sprachschatz des Politikers entnommen waren, sondern dem Gedankenkreis des Geschäftsmannes, der die Methoden eines ehrbaren Kaufmanns auf die internationalen Verhandlungen übertragen möchte. Die vollkommene Aufrichtigkeit, mit der die Bereitschaft erklärt wurde, im Sinne der Note vom 13. November den Weg zur Lösung der Reparationsfrage zu suchen, wird, so darf man hoffen, ihre Wirkung nicht verfehlen. Ebenso sachlich, klar und klug waren die Aeußerungen über die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt, die in dem Sage gipfelten: Wo tatsächlich Unrecht geschehen ist, werde es wieder gut gemacht werden. Die Rede schloß mit einem Bekenntnis zur untrennbaren Einheit des deutschen Landes und des deutschen Volkes. Der Wiederhall dieser Worte zeigte, daß die Jahre harten Druckes mehr dazu beitrugen, das deutsche Volk zusammenzuschließen, als die Jahrzehnte äußeren Dranges.

Der Wortlaut der Rede.

Reichsanzler Dr. Cuno begann mit einer Würdigung der Zusammenarbeit von Presse und Regierung im Hause des Parlaments, das „dem deutschen Volk gewidmet“ ist. Ich begrüße es, so erklärte er, im Bewußtsein der tiefen Gemeinsamkeit in Ziel und Verantwortung, daß mir Gelegenheit gegeben wird, dem Zusammenwirken zwischen Presse und Regierung äußeren und praktischen Ausdruck zu verleihen, indem ich Ihnen heute ein Wort über die Arbeit der Regierung sage.

Dabei muß ich Ihnen allerdings eine doppelte Enttäuschung bereiten. Vor genau neun Tagen habe ich, allerdings vor einem anderen Auditorium, aber auch von diesem Platte aus, vor Parlament und Volk, die Richtlinien des neuen Kabinetts in der inneren und äußeren Politik ausgesprochen. An diesen Richtlinien hat sich nichts geändert. Sie bestehen fort, und trotz der Schnelligkeit unserer Zeit hoffe ich, daß sie noch in Erinnerung sind. Ich bin kein Freund von Wiederholungen. So wollen Sie es verstehen, daß ich heute nur allgemein zu Ihnen spreche, und alles das über die Politik dieses Kabinetts als bekannt bei Ihnen voraussetze, was ich vor neun Tagen die Ehre hatte, in diesem hohen Hause auszuführen.

Auch in einem zweiten Punkte möchte ich eine Einschränkung einhalten. Lassen Sie mich zu Ihnen reden nicht so sehr als Leiter des neuen Kabinetts als vielmehr von Mensch zu Mensch; dann werden wir uns desto näher kommen und besser verstehen.

Seitdem ich nach der Annahme des Billigungspotoms diesen Saal verließ, hat sich die Öffentlichkeit mit der Regierung mehr beschäftigt als die Regierung mit der Öffentlichkeit. Das liegt in der Natur der Sache begründet. Nachdem sich die Spannung der Krise und der ersten Einführung der neuen Regierung gelegt, ist die öffentliche Meinung daran gegangen, das Kabinett nach den verschiedensten Methoden der wissenschaftlichen Forschung zu sezieren. (Heiterkeit.) Ich sehe dabei ab von allen den Zuschritten, die mir zugegangen sind, und aus denen, wie ich dankbar bekennen möchte, der Grundton eines aufrichtigen Vertrauens zu der Geschäftsführung der neuen Regierung zu mir sprach. Die öffentliche Meinung hat sich zunächst die Personen des neuen Kabinetts vorgenommen, ist in ihre Vergangenheit zurückgegangen und hat sich gefragt, ob der eine oder der andere da oder dort am Platte wäre. Man hat die Parteizugehörigkeit der einzelnen Mitglieder genau durchforscht, man hat sich gefragt, wie stehen alle diese Männer zum Parlament, wie stehen sie zur Weimarer Verfassung? Man hat sich gefragt, wie sich das neue Kabinett zu Arbeitnehmer und Arbeitgeberfragen, zum Handwerk stellen wird, wie zu den großen Problemen der Innen- und Außenpolitik. Ja, man hat sogar Meinungsverschiedenheiten ernstester Art zwischen Mitgliedern des neuen Kabinetts schon herausgefunden und hat sich über die Lebensdauer dieser neuen Regierung ernsteste besorgte Gedanken gemacht. (Heiterkeit.)

Was ist geschehen, meine Damen und Herren? Die Mitglieder des Kabinetts haben sofort ihre sachliche Arbeit, entsprechend dem Arbeitsplan, der hier verlobt war, aufgenommen, haben sich mit ihren Mitarbeitern und mit dem Arbeitsstoff, der vorlag und der neu hinzukommt, vertraut zu machen gesucht. Die Beziehungen zum Parlament sind, auch nachdem der Reichstag vertagt war, mit einzelnen Mitgliedern fortgesetzt worden. Niemals ist im Kabinett etwas laut geworden, was im letzten daran zweifeln